

Nur noch ein Verwaltungssitz

HINTERGRUND: Wie viel Einsparpotenzial birgt die Fusion der VG Landstuhl mit Kaiserslautern-Süd?

VON BERND BARTH

Am 1. Juli 2019 fusionieren die Verbandsgemeinde Landstuhl und die VG Kaiserslautern-Süd. Auch wenn dafür zunächst Geld in die Hand genommen werden muss, sieht Peter Degenhardt (CDU), Bürgermeister der VG Landstuhl, langfristig Sparmöglichkeiten durch die Zusammenlegung.

„Niemand soll meinen, wir sparen Millionen von Euro ein“, betont Degenhardt dabei allerdings. Dass es in der neuen, größeren VG Landstuhl nur einen Verwaltungsstandort – die Stadt



Peter Degenhardt

FOTO: VIEW

Landstuhl – geben wird, verspreche schon ein recht großes Einsparpotenzial. Den größten Vorteil sieht Degenhardt allerdings darin, dass zukünftig womöglich einige Stellen eingespart und dadurch die Personalkosten nicht unerheblich gesenkt werden können.

Zur Vorbereitung musste und muss allerdings erst einmal investiert werden. Zum Beispiel in den Verwaltungsstandort. Etwa drei Millionen Euro kostet das neue Verwaltungsgebäude in der Bahnstraße. Hier wird das Einwohnermeldeamt untergebracht. Den Großteil der Kosten tragen die VG-Werke, deren Verwaltung

Es könnte bis zu neun Jahre dauern, bis sich die Kosten für Gebäude amortisieren.

hier einzieht. Die VG selbst übernimmt laut Degenhardt etwa ein Fünftel – also rund 600.000 Euro.

Andererseits fallen fast 70.000 Euro Miete pro Jahr für das von der VG Kaiserslautern-Süd angemietete Rathaus in Kaiserslautern weg. Allerdings erst ein halbes Jahr nach der Fusion. Die Kündigung erfolgt zum 31. Dezember 2019, wie die Büroleiterin der Verbandsgemeindeverwaltung Kaisers-



Ein halbes Jahr nach der Fusion fällt das angemietete Gebäude der Verbandsgemeindeverwaltung Kaiserslautern-Süd in der Pirmasenser Straße in Kaiserslautern weg. Landstuhl wird Verwaltungssitz. ARCHIVFOTO: VIEW

lautern-Süd, Sibylle Scherer, erläutert. Das kleinere, im Besitz der VG befindliche Rathaus habe einen Gebäudewert von rund 270.000 Euro. Ein Verkauf sei zwar angedacht, aber keineswegs beschlossene Sache.

Bisher kann auf Gebäudesite also nur die ab Ende 2019 eingesparte Mie-

te mit Sicherheit den Kosten für das neue Verwaltungsgebäude in Landstuhl gegenübergestellt werden. So gesehen, würde es also bis gut neun Jahre nach Eintritt in die Fusion dauern, bis die Ausgaben ausgeglichen werden könnten. Sollte das kleine Rathaus in Kaiserslautern verkauft wer-

den, wäre ein Ausgleich in etwa der Hälfte der Zeit denkbar.

„Die große, dauerhafte Ersparnis wird das Personal sein“, prognostiziert Degenhardt. In Pension gehende Mitarbeiter würden anfangs erst einmal nicht ersetzt. Falls sich herausstellen sollte, dass auf die dadurch wegfallenden Stellen nicht verzichtet werden kann, würden diese jedoch wieder besetzt. „Dass wir jetzt 20 Stellen einsparen, wird sicher nicht der Fall sein“, betont Degenhardt, dass auch im Personalbereich wohl keine allzu großen Abstriche gemacht werden können.

Er rechnet vor, was es der VG finanziell bringen würde, wenn fünf Stellen gestrichen werden könnten: etwa 250.000 Euro. Und die könnten eventuell schon recht früh wegfallen. „Bei Überhang ist es möglich, Beamte auf eigenen Wunsch zu pensionieren“, erläutert Degenhardt. In der VG Landstuhl hätten bereits einige diesen

Beamte können auf eigenen Wunsch pensioniert werden, einige gehen eh in Ruhestand.

Wunsch geäußert. Außerdem stehe bei dem ein oder anderen Mitarbeiter aus der VG Kaiserslautern-Süd ohnehin demnächst der Ruhestand bevor.

Doch auch beim Personal könnten zu Beginn erst einmal höhere Kosten entstehen. Vor der Fusion wird der neue Bürgermeister der Verbandsgemeinde gewählt, der dann zum 1. Juli 2019 sein Amt antritt. Sowohl Degenhardt als auch sein Amtskollege aus Kaiserslautern-Süd, Uwe Unnold (FWG), haben allerdings das Recht, noch bis zum Ende ihrer jeweiligen Amtszeit als hauptamtliche Beigeordnete beschäftigt zu bleiben. Degenhardt also bis 2021 und Unnold bis 2024. Das wären dann Personalkosten von rund 70.000 bis 80.000 Euro pro Kopf und Jahr – nur für die Beigeordneten.

Degenhardt ist zudem der Auffassung, dass in der neuen VG zukünftig ein hauptamtlicher Beigeordneter gebraucht wird. Dessen Bezüge würden demnach also dauerhaft negativ zu Buche schlagen. Wo sonst noch Kosten oder Einsparpotenziale stecken, werde sich noch zeigen, sagt Degenhardt.